

## **Noch eine Chance für die europäische Idee ?**

Die EU befindet sich derzeit in keiner guten Verfassung. Die Staatsschuldenkrise entpuppt sich als überdimensionierte Grubenlampe, die sämtliche Probleme der EU, wie z.B. das vorhandene Demokratiedefizit, die Bürgerferne oder eine mangelnde Repräsentation, die bislang im Dunkeln verborgen geblieben sind, ans Licht bringt. Die Wahrheit der Volksweisheit „Beim Geld hört die Freundschaft auf“ zeigt sich in erbarmungsloser Härte, auch, weil die Freundschaft – oder besser Solidarität – an der einen oder anderen Stelle über Gebühr in Anspruch genommen werden soll. Was sich unter Regierungschefs noch vereinbaren lässt, wovon man Abgeordnete noch überzeugen kann, lässt sich den Menschen auf der Straße nicht mehr vermitteln. Das Verständnis, für den Wohlstand anderer Nationen mit dem eigenen Einkommen zu sorgen, ist nicht nur bei Europaskeptikern relativ schwach ausgeprägt. Und das ist im Kern auch die Frage, auf die der Kontinent hinsteuert. Es geht nicht um Staaten, die sich finanziell übernommen oder ein Strukturproblem haben. Es geht um die Staatengemeinschaft, die Probleme bei Gipfeltreffen des guten Ergebnisses wegen allzu oft unter den Teppich kehrt hat. Der Platz zwischen Teppich und Zimmerdecke hat sich reziprok zur Entfernung zwischen Bürgern und EU entwickelt. Dadurch hat sich die Glaubwürdigkeit des Projektes Europa für den Bürger immer mehr verflüchtigt. Die Menschen verstehen diese EU nicht mehr und sie wissen längst, dass es so nicht weitergehen kann. Sie wollen auch nicht, dass es so weitergeht. Sie wollen Europa, aber nicht in dieser Form.

Die Probleme, die die Staatsschuldenkrise der EU und der Euro-Zone bereitet, sind grundlegender Natur. Sie sind auch nicht Ausfluss der Aufweichung der Stabilitätskriterien im Jahr 2002, als wichtige Euro-Staaten mit der Erfüllung Probleme hatten. Ihre Ursachen liegen in der Konstruktion der Währungsunion generell.

Anders als etwa in den USA gibt es in Europa kein einheitliches Staatsvolk, das gemeinsame Visionen, die nur eine geringe Bandbreite aufweisen, entwickeln könnte. Das Volk der USA kann im Gegensatz zu den Völkern Europas auf eine gemeinsame Geschichte zurückblicken, wobei die Völker Europas seit hunderten von Jahren nebeneinander existieren. Ihre Verhaltensweisen, ihre Geschichte und daraus resultierend die verschiedenen Mentalitäten differieren stark voneinander. Die Einwanderer in den USA hatten alle die Vision und den Willen, ihre Chance zu nutzen und ihre Freiheit zu leben. Dies schweißte zusammen.

Einerseits fördert die Europäische Union die Diversität mit dem Ansatz der Einheit in der Vielfalt. Europa definiert sich also über diese kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt. Im Kontext einer gemeinsamen Währung erweist sich dies andererseits jedoch, wie wir gerade erleben, als gravierendes Problem. Die gesellschaftliche Mentalität determiniert die wirtschaftliche Mentalität. Die Völker im Norden Europas haben eine andere Sichtweise auf bestimmte wirtschafts- und finanzpolitische Gegebenheiten, als die Süd- oder Osteuropäer. Die Einstellung zur Inflation zum Beispiel ist eine völlig andere. Die Währungsunion hat Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mentalitäten in eine gemeinsame Währung gepresst, den Staaten aber dadurch auch wichtige

und in der jeweiligen Politik des Landes tradierte finanzpolitische Anpassungsinstrumente, wie die Währungsabwertung, genommen. Staaten wie Griechenland, Italien, Spanien oder Portugal sahen sich plötzlich in einem Währungszug gemeinsam mit Konjunkturlokomotiven wie Deutschland, das die Zeichen der Währungsunion erkannt und sich mit großen Anstrengungen wettbewerbsfähig gemacht hat, als hintere Waggonen, die lediglich mit einem dünnen Draht an den vorderen befestigt waren.

Notwendig wäre gewesen, sich wirtschafts-, arbeitsmarkt-, finanz-, sozial- und bildungspolitisch auf die neuen Zeiten einzustellen. Dieses Unterfangen, wenn es denn tatsächlich Pläne gab, dies ernsthaft anzugehen, wäre von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen, da es in diesen Ländern keine politischen Mehrheiten für Veränderungen in der notwendigen Richtung gegeben hat und gibt. Das hängt mit den Mentalitäten zusammen, die sich über hunderte von Jahren herausgebildet haben. Wie sollen damit verbundene Verhaltensweisen und -mechanismen sich innerhalb eines Jahrzehnts grundlegend ändern? Die Tumulte in Griechenland als Reaktion auf die Auflagen von IWF / EZB und EU zeigen doch deutlich, wie gefestigt die alten Denkstrukturen in den Köpfen der Menschen verankert sind. Und Griechenland hat zusätzlich die Aufgabe, ein Staatswesen aufzubauen, das europäischen Standards gerecht werden kann.

Die Entwicklung der Währungsunion musste den Gang nehmen, den sie schließlich genommen hat. Es war lediglich eine Frage der Zeit, wobei die Globalisierung und die technische Revolution, die in der Nachrichtenübermittlung durch das Internet stattgefunden hat, sicherlich als Beschleuniger fungiert haben dürften.

Die Frage, die sich stellt, ist, wie man den Kontinent aus der verfahrenen Situation, in der er sich befindet, wieder heraus manövriert, ohne dass die großartige europäische Idee von Frieden und Freiheit Schaden nimmt. Klar ist, dass sie Schaden nehmen wird, wenn weiter agiert wird wie in der Vergangenheit, wenn also die Grundprinzipien der Demokratie, der Marktwirtschaft und der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, außer Kraft gesetzt werden, um eine Fehlkonstruktion am Leben zu erhalten. Das wird nicht gelingen, weil es nicht glaubwürdig ist. Und Glaubwürdigkeit ist das höchste Gut an den Kapitalmärkten. Klar ist allerdings auch, dass die europäische Idee Schaden nehmen wird, wenn durch einen Zusammenbruch des Finanzsystems die Menschen verunsichert und zu panischen Reaktionen provoziert werden.

Notwendig ist ein Bündel von Maßnahmen. Zunächst müssen die miteinander verwobenen Finanzsysteme der Euro-Staaten durch einen geeigneten Ordnungsrahmen geimpft werden, damit sie bei eventuellen Krisen nicht andere Staaten anstecken können. In Deutschland haben wir in den letzten zwei Jahren ein entsprechendes Regelwerk in das System eingezogen. Das Bankenrestrukturierungsgesetz, mit dem systemrelevante Banken geordnet abgewickelt werden können, sie also nicht gerettet werden müssen, ist beispielgebend nicht nur in Europa, sondern weltweit. Analoge Regeln muss es in allen Euro-Staaten geben, sie zu installieren kostet kein Geld und würde auch zur Beruhigung der Märkte beitragen.

Ein Instrument wie der EFSF scheint derzeit notwendig zu sein, um temporär die Finanzierungsfähigkeit bestimmter Staaten sicherzustellen. Im Moment jedenfalls wäre die Zahlungsunfähigkeit einzelner kleinerer oder größerer Euro-Staaten geeignet, um ein großes Chaos anzurichten. Möglicherweise mag die Wahrscheinlichkeit hierfür nicht groß sein, die alleinige Existenz dieses Risikos aber muss verantwortlich handelnde Politiker dazu bringen, Vorsorge zu betreiben. Das Instrument EFSF erscheint dafür, wenn richtig eingesetzt, geeignet. Völlig klar ist aber, dass der EFSF auch nur ein temporäres Instrument sein kann. Es ist zeitlich zu begrenzen und zwar nicht auf ein bestimmtes kalendarisches Datum, sondern auf den Tag der Erfüllung der Voraussetzungen, die notwendig sind, um auf das Instrument verzichten zu können. Eine EFSF-Dauereinrichtung widerspricht dem Geist der Währungsunion und ist nicht geeignet, die europäische Idee positiv fortzuentwickeln. Sie würde keine Akzeptanz bei den Menschen erlangen.

Um eine Währungsunion mit vollkommen heterogenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausgangslagen der Mitgliedsstaaten zum Erfolg führen zu können, ist die Abgabe nationaler Souveränität zwingend. Dies kann auf unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Denkbar wäre, wie es ja auch vorgeschlagen wird, nationale Kompetenzen der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik auf eine europäische Institution – die EU-Kommission – zu verlagern, die dann, quasi als Regierung der Vereinigten Staaten von Europa, für eine einheitliche Politik sorgen würde. Dies ist zum Scheitern verurteilt. Selbst wenn es dafür in den einzelnen Mitgliedsstaaten Mehrheiten in der Bevölkerung geben würde und einzelne rechtliche Hürden aus dem Weg geräumt werden könnten, bleiben folgende Fragen offen:

Wie sollte diese Politik aussehen? Und wer sollte sie umsetzen? Aus welchen Staaten kämen die handelnden Politiker? Das, was für Spanien die richtigen Maßnahmen wären, würde nicht auf Österreich passen. Malta hat andere Voraussetzungen als Finnland. Und Portugal benötigt eine andere Politik als die Slowakei. Und welche Akzeptanz hat eine Politik für Frankreich, die von einem Briten gestaltet wird? Oder von einem Deutschen? Und wie sieht es mit der Transparenz und demokratischen Legitimation eines derartigen Konstrukts aus? Die EU in ihrer jetzigen Ausgestaltung jedenfalls stößt an die Grenzen ihrer Legitimation bei den Menschen im Land. Sie fühlen sich im Nationalstaat zu Haus und geborgen. Dies muss bei allen Überlegungen mit einfließen und hat zu tun mit den unterschiedlichen jahrhundertlang gewachsene Mentalitäten in den EU-Staaten. Wer jetzt auf die verstärkte Integration der EU setzt nimmt in Kauf, dass die EU den gleichen Weg nimmt wie seinerzeit Jugoslawien. Das ist nicht im Interesse des Kontinents und würde die europäische Idee um 200 Jahre zurückwerfen.

Analog ist auch eine Haftungsgemeinschaft über gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten, sogenannte Euro-Bonds, zu betrachten. Sie würden das Problem kurzfristig scheinbar lösen, mittelfristig allerdings dazu führen, dass die Euro-Staaten insgesamt – und zwar alle – schlechter dastünden, als heute. Es führt zu nichts, die solventen EU-Staaten, die mit guter Bonität und ausgezeichneter Glaubwürdigkeit an den Märkten Solidarität üben können, über eine Haftungsgemeinschaft in den Abwärtsstrudel zu zerren. Auch die Einführung von Euro-Bonds schadet der europäischen Idee und würde sie um Jahrzehnte zurückwerfen. Euro-Bonds funktionieren nur, wenn Schuldner daran betei-

ligt sind, die über eine so hervorragende Bonität verfügen, dass sie die schlechte Bonität anderer Schuldner in etwa aufwiegen. Das ist ja in der Euro-Zone schon kaum gegeben, da die Zahl der Schuldner mit guter Bonität sehr überschaubar ist. Die schlechten Schuldner mit geringer Glaubwürdigkeit an den Märkten überwiegen deutlich. Deren Zins würde natürlich aufgrund der zusammengesetzten Gesamtbonität sinken, gleichzeitig würde der Zins bei den „guten“ Schuldnern steigen. Es gibt zwar Stimmen aus der Wissenschaft, die davon ausgehen, dass die Zinsen sinken würden, die Begründung hierfür lässt allerdings an der Kompetenz dieser Stimmen Zweifel aufkommen und erscheint politisch motiviert. Dass man für ein Glas Wein, das aus einem Gemisch aus einem Drittel Wein und zwei Dritteln Wasser besteht, weniger zu zahlen bereit ist, als für ein Glas reinen Wein, ist völlig logisch. Nicht anders verhält es sich natürlich auch beim Zinssatz für die Euro-Bonds im Vergleich zu dem etwa einer Bundesanleihe. Folglich steigen die Finanzierungskosten für die Staaten mit guter Bonität an. Möglicherweise nicht sprunghaft, wie in einigen Berechnungen unterstellt, aber dennoch stetig und deutlich.

Angesichts der angespannten Haushaltslage auch in den „guten“ Schuldnerstaaten ist dann fraglich, inwieweit der jeweilige Haushalt die zusätzlichen Beträge hergibt bzw. ob die Wirtschaftslage die Zusatzbelastungen trägt. Eventuell sind Steuererhöhungen bzw. einschneidende Sparmaßnahmen erforderlich. In der Folge würden die Marktteilnehmer natürlich Überlegungen anstellen, wie es um die Bonität der „guten“ Schuldner denn bestellt ist. Die Rating-Agenturen werden diese Aufgabe mit Sicherheit wahrnehmen, mit der Konsequenz, dass sich die Bonität dieser Staaten verschlechtert und damit auch die Bonität der Euro-Bonds insgesamt, was den Zinssatz – mit den bekannten Folgen – weiter steigen ließe. Der Einstieg in die Abwärtsspirale wäre geschafft.

Doch auch für die Schuldenstaaten sind die Euro-Bonds keine Lösung. Sie verschaffen zwar vordergründig durch einen niedrigeren Zinssatz etwas Luft, vernichten allerdings auch einen wichtigen Anpassungsanreiz zur schnellen Problemlösung. Wenn wir anhand der Ereignisse in Griechenland zum Beispiel feststellen müssen, dass es schon unter dem hohen Druck extrem schwierig bis unmöglich ist, die notwendigen Schritte in der Bevölkerung – Stichwort Mentalitäten – umzusetzen, wie schwierig ist es dann, wenn der Druck wegfällt? Ergebnis der Entwicklung wird sein, dass sich die Schuldenstaaten ein wenig länger durchschleppen können, bis dann die Euro-Bond-Gemeinschaft als Ganzes auf dem Zinssatz des schlechtesten Schuldners angekommen ist. Wem wäre geholfen? Der europäischen Idee sicherlich nicht.

Damit sind wir beim zweiten Weg der Abgabe nationaler Souveränität. Das kann auch durch klare Vertragsregeln in einem neu zu verhandelnden bzw. zu verändernden Vertrag über die Währungsunion geschehen. Es bedarf klarer Kriterien und klarer Sanktionsmechanismen, die von einer unabhängigen Stelle überwacht, angeordnet und durchgeführt werden. Zwar hat die Unabhängigkeit der EZB in der aktuellen Krise gelitten, allerdings kann sie sich ihren guten Ruf durchaus wieder zurückerobern. Daher wäre die EZB sicherlich die geeignete Stelle für diese Aufgabe. Es war ein Grundfehler, vor der Durchführung von Sanktionsmaßnahmen zunächst im Kreise von Politikern darüber zu beraten. Das ist die denkbar schlechteste Runde hierfür, insbesondere wenn man sich die Geschichte

europäischer Verhandlungen ins Gedächtnis ruft. Das ist ein Musterbeispiel für politisches Geschachere, das sich an allem Möglichen orientiert, sicherlich aber nicht am Notwendigen.

Die Sanktionen müssen dabei ein scharfes Schwert und somit für den jeweiligen Mitgliedstaat deutlich spürbar sein. Im Notfall muss es der unabhängigen Stelle möglich sein, direkt in die Politik des Euro-Staates eingreifen zu können, d.h. die Rechte von Regierung und Parlament müssen für einen bestimmten Zeitraum außer Kraft gesetzt werden können. Wer nicht bereit ist, diese Maßnahme im Fall der Fälle gegen sich wirken zu lassen, der zeigt, dass er insgeheim damit rechnet, in die Situation zu kommen. Damit ist er dann allerdings auch nicht qualifiziert für eine Währungsunion. Als Ultima Ratio muss es ferner möglich sein, ein Mitglied der Währungsunion auch aus der Union auszuschließen. Das mag hart sein, aber auch eine Familie muss dafür sorgen, dass im Falle einer gefährlichen und ansteckenden Krankheit eines Familienmitgliedes, der Rest der Familie geschützt wird.

Gleichzeitig muss sich die EU von der Vorstellung lösen, niedrige Zinsen seien gewissermaßen ein Menschenrecht. Der Zins ist Ausdruck von Bonität und Glaubwürdigkeit, aber auch von wirtschaftlicher Potenz des Schuldners. Auch die Anleihen der deutschen Bundesländer haben unterschiedliche Zinssätze, je nach Bonität. Zwar liegen die Spreads im Nachkommastellenbereich, sie sind aber vorhanden. Unterschiedliche Zinssätze sind kein Drama und wenn das Währungsunionsvertragswerk entsprechend ausgestaltet ist und es im Finanzordnungsrahmen Regeln gibt, die einen Zusammenbruch des jeweiligen nationalen Finanzsystems vermeiden helfen, gibt es auch keinen Grund, nicht auf die Kräfte der Marktwirtschaft zu vertrauen. Wenn eine Nation der Meinung ist, eine Politik zu unterstützen, die für hohe Zinsen sorgt, dann kann man das hinnehmen. Man muss es dann aber auch nicht mehr hinnehmen, dass nach Solidarität, sprich Geld, der anderen Währungsunionsstaaten gerufen wird, wenn diese Politik nicht zur finanzpolitischen Stabilität führt.

Neben den erforderlichen Änderungen am Vertragswerk über die Währungsunion sind allerdings auch Änderungen an der EU insgesamt erforderlich, um die Akzeptanz dieses Konstrukts bei den Menschen wieder herzustellen. Vor dem Hintergrund der jahrhundertealten Tradition der europäischen Nationalstaaten und den deutlich ausgeprägten unterschiedlichen Mentalitäten der europäischen Völker müssen wir die Frage stellen, ob die EU die Menschen in den letzten 20 Jahren nicht vielleicht überfordert hat? Der frühere EU-Kommissionspräsident Jaques Delors hat das Bild geprägt von der EU als Fahrrad, das immer in Bewegung sein müsse, da es sonst das Gleichgewicht verliert. Das ist richtig, nur kann man auch das Gleichgewicht halten, wenn man eine 180-Grad-Kurve fährt und von einem zurückliegenden Punkt aus neuen Schwung holt, wenn man feststellt, dass die Steigung stärker ist, als man zunächst dachte. Genau an diesem Punkt befindet sich die EU: die Steigung ist stärker als angenommen, die Akzeptanz der Menschen zu dieser EU nicht so groß, als dass man unbeirrt weitermachen könnte. Beim Befestigen von Schrauben gibt es die alte Handwerkerweisheit: „Nach fest kommt ab.“ Das sollte in der Europapolitik nicht provoziert werden.

Die EU muss zurückgeführt werden auf Kernaufgaben, die unumstritten sind: Reise-, Niederlassungs- und Arbeitsfreiheit, freier Warenverkehr, einheitliches Wirtschaftsgebiet und auch die Währungsunion ist im Prinzip im globalisierten Wettbewerb eine sinnvolle Einrichtung, wenn man das Funda-

ment solide legt. Die EU muss dabei nicht in die Lebensbereiche der Menschen hineinregieren. Es ist schlicht nicht notwendig, vorzuschreiben, welches Leuchtmittel verwendet werden darf und wie die Kabine eines Radladers beschaffen sein muss. Zwar macht es Sinn, bei bestimmten politischen Zielen eine gemeinsame Zielformulierung herbeizuführen, wie etwa beim Klimaschutz. Allerdings kann die Umsetzung den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben. Wird das gemeinsam formulierte Ziel übertroffen, wird der betreffende Staat für die Leistung belohnt. Verfehlt er es, erfolgt eine Bestrafung. Das könnte beispielsweise über die Beitragshöhe oder die Fördermittelhöhe oder ähnliches gesteuert werden. Die Produkte des Landes, das bei der Energieeffizienz besonders gut abschneidet, werden sich aufgrund dieser Leistungen auf den Märkten und damit auch in den anderen EU-Staaten durchsetzen und regen damit die Produzenten in diesen Ländern an, ihrerseits bessere Produkte auf den Markt zu bringen. Eine EU-Kommission, die die Energieeffizienz der Produkte per Verordnung dekretiert braucht es da nicht. Das wäre dann auch ein Beitrag zur Verschlinkung der Brüsseler Verwaltung. Reduziert man die EU auf diese wesentlichen Punkte und wendet man Wettbewerbsprinzipien konsequent an, benötigt man auch deutlich weniger Mitgliedsbeiträge der Mitgliedsstaaten oder man kann mit den vorhandenen Mitteln mehr Projekte umsetzen, was sicherlich beides zur Verbesserung der Akzeptanz bei den Menschen beitragen würde.

Ebenso wenig ist es notwendig, Regeln zu schaffen, die eine Vergleichbarkeit der Produkte zum Ziel haben. So wie Europa die Vielfalt der Kulturen fördern möchte, sollen auch die Produkte dieser Kulturen unterschiedlich bleiben dürfen. Wenn ein Kunde ein französisches Produkt kaufen möchte, weiß er, dass das Produkt aus Frankreich kommt und andere Eigenschaften hat, als eines aus Österreich, das wiederum mit dem Spanischen nicht vergleichbar ist. Und wenn es landesspezifische Vorschriften gibt, etwa in Deutschland bei der Unfallverhütung durch die Berufsgenossenschaften, so kann sich ein ausländischer Hersteller überlegen, ob es für ihn Sinn macht, sich darauf einzustellen, der Markt also eventuelle Modifizierungen an seinem Produkt hergibt, und er seine Produkte in Deutschland verkaufen kann. Umgekehrt gilt es dann genauso. Auch muss eine seit 500 Jahren im Familienbesitz befindliche Metzgerei nicht aus hygienischen Gründen den Schlachtraum vom Verarbeitungsraum trennen. Wenn es mit der Hygiene Probleme gegeben hätte, wäre das Unternehmen nicht 500 Jahre alt geworden. Und so ließe sich die Liste an unsinnigen Vorschriften noch schier endlos fortsetzen. Sie alle sind Beleg dafür, dass die Ziele der EU mit der alltäglichen Lebenswirklichkeit der Menschen nicht mehr viel zu tun hat.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass die Beseitigung der aufgetretenen Krise nicht ohne Schaden für die einzelnen Volkswirtschaften bzw. Mitgliedsstaaten zu haben sein wird. Zwar lässt er sich nur schwer beziffern, da er von unterschiedlichen Faktoren und Unbekannten abhängt. Er wird aber mit Sicherheit unter den Kosten liegen, die auftreten, wenn die EU in eine Transferunion hineinsteuert, die zum Scheitern des gesamten Konstrukts mittel- bis langfristig führen wird. Relativ absehbar sind die Kosten, die auf die Anteilseigner der EZB zukommen werden, wenn die Anleihen, die die EZB auf dem Sekundärmarkt gekauft hat, wertberichtigt werden müssen. Möglicherweise muss dies geschehen, denn es kann derzeit nicht abschließend davon ausgegangen werden, dass sämtliche Schuldenstaaten ohne einen Schuldenschnitt wieder auf den Pfad der wirtschaftlichen Gesundung zurückfinden. Ebenso muss damit gerechnet werden, dass es zu Wertberichtigungen bei Banken und Versicherungen kommt, was Auswirkungen auf das Volksvermögen haben wird. Natürlich wird es hierbei die

eine oder andere Härte geben. Aber die Alternative wird auf lange Sicht betrachtet sowohl für den Staat, als auch für die Menschen deutlich teurer, die höhere Steuern zu zahlen und eine erhöhte Inflation und damit einen Verlust ihres Einkommen und ihrer Finanzwerte zu tragen haben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die konsequente Anwendung dieser vier Punkte aus der EU-Krise führt:

1. Immunisierung der Finanzsysteme der Euro-Staaten gegen Schocks.
2. Zeitliche Begrenzung der derzeitigen Rettungsmaßnahmen als Übergangsmaßnahmen.
3. Implementierung klarer und von unabhängiger Seite überwachter und angeordneter Maßnahmen bei Verletzung bestimmter Stabilitäts- bzw. Soliditätskriterien bis hin zum Ausschluss aus der Währungsunion.
4. Redimensionierung der Aufgaben der EU auf die Kernpunkte einer Zone mit freiem Warenverkehr.

Gelingt dies, hat die großartige europäische Idee bei den Menschen noch eine Chance!

26.08.11 / BS